

Nr. 20/487

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Zuwendungsrecht modernisieren – unnötige Bürokratie und Hemmnisse für Träger abbauen
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 10. November 2020
(Drucksache [20/704](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 26. Januar 2021
(Drucksache [20/797](#))
2. Wird die Corona-Pandemie geschlechtergerecht bewältigt?
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 17. Dezember 2020
(Drucksache [20/761](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 2. März 2021
(Drucksache [20/853](#))

Nr. 20/488

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 31. Mai 2021

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Bericht über die Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten bei Anschaffungen der öffentlichen Hand im Land Bremen
Mitteilung des Senats vom 27. April 2021
(Drucksache [20/931](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.
2. Reform des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes nutzen – Anreize für Väter erhöhen – Sachstandsbericht
Mitteilung des Senats vom 27. April 2021
(Drucksache [20/932](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.
3. Bericht über die Erfüllung der Sanierungsverpflichtungen nach dem Sanierungshilfengesetz – Sanierungshilfenbericht 2020 –
Mitteilung des Senats vom 27. April 2021
(Drucksache [20/933](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

4. Sanierungsbericht der Freien Hansestadt Bremen vom April 2021 – Abschlussbericht zum verlängerten Sanierungsprogramm 2017 - 2020
Mitteilung des Senats vom 27. April 2021
(Drucksache [20/934](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.
5. Gesetzgebungsverfahren übersichtlicher gestalten – Gesetzentwürfe um tabellarische Übersichten der Änderungen ergänzen
Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 5. Mai 2021
(Drucksache [20/954](#))
 1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,
 - a) bei den Entwürfen zur Änderung von Gesetzen, die Änderungen in einem nicht unerheblichen Umfang vornehmen, der Mitteilung des Senats eine Lesefassung der beabsichtigten Neuregelung sowie eine tabellarische Gegenüberstellung des bisherigen und des neuen Gesetzestextes (Synopsis) beizulegen, sofern hierfür verwaltungsseitig entsprechende Synopsen vorliegen. Ausgenommen sind Staatsverträge und Haushaltsgesetze;
 - b) sich im Bundesrat für eine entsprechende Regelung auf Bundesebene einzusetzen.
 2. Dem § 19 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft in der Fassung des Übernahmebeschlusses vom 3. Juli 2019, die zuletzt Beschluss der Bürgerschaft vom 17. Dezember 2020, geändert worden ist, wird folgender Absatz 3 angefügt:
„(3) Einem Gesetzentwurf, der Änderungen eines geltenden Gesetzes in erheblichem Umfang vorsieht, soll eine Lesefassung mit der Gegenüberstellung des geltenden und des beabsichtigten künftigen Wortlauts der Normen beigefügt werden.“
6. Rechnungslegung der Fraktionen und der Gruppen für das Jahr 2019
Mitteilung des Vorstandes der Bremischen Bürgerschaft vom 19. Mai 2021
(Drucksache [20/967](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Vorstandes der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.
7. Anpassung von Entschädigungsleistungen
Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 20. Mai 2021
(Drucksache [20/969](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

Nr. 20/489

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen/der Gruppe kein Thema beantragt worden.

Nr. 20/490

Femizide – Tötungen von Frauen wegen ihres Geschlechts

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 15. April 2021
(Drucksache [20/910](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 25. Mai 2021

(Drucksache [20/972](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 20/491

Faxgeräte in der Bremer Verwaltung überflüssig machen

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKEN
vom 9. Februar 2021
(Drucksache [20/813](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, in den einzelnen Ressorts darauf hin zu arbeiten, Fax als Kommunikationskanal möglichst bald überflüssig zu machen. Dazu soll der Senat insbesondere

1. den Ausbau der sicheren elektronischen Kommunikationswege vorantreiben. Dabei ist darauf hin zu arbeiten, dass diese nach Möglichkeit nutzer:innenfreundlich und Barriere reduziert sind. Voraussetzung ist auch, dass Unterschriften auf übermittelten Dokumenten als gerichtsfest anerkannt werden. Zudem muss sichergestellt werden, dass die so versendeten Nachrichten als fristgerecht eingegangen gewertet werden. Es ist zu prüfen, ob inzwischen sichere, aber erheblich einfachere Übertragungsmöglichkeiten als Kommunikationsweg in Frage kommen;
2. diese alternativen Kommunikationswege bewerben, zum Beispiel durch Abbildung in Telefonverzeichnissen, Websites oder den offiziellen Briefköpfen der Verwaltung; und darauf zu dringen, dass gerade professionelle Anwender:innen auf diese Kanäle umsteigen. Insbesondere, wenn es um vertrauliche Dokumente geht, muss dies möglicherweise auch vorgeschrieben werden;
3. analoge Faxgeräte bis zum Jahr 2023 durch E-Fax oder vergleichbare elektronische Kommunikationswege zu ersetzen, sofern dies im Büroalltag der jeweiligen Verwaltungsstellen sinnvoll und machbar ist;
4. bei fortschreitender Entwicklung in denjenigen Ressorts, in denen es gelingt, die Fax-Kommunikation auf sichere neue Übertragungskanäle umzulenken, die Erreichbarkeit per Fax aufheben;
5. der Bürgerschaft (Landtag) im Herbst 2021 von den bis dahin erzielten Fortschritten zu berichten.

Nr. 20/492

Tarifbindung und Investitionskostenförderung für Pflegeeinrichtungen – Entwurf zum Vierten Gesetz zur Änderung des Bremischen Ausführungsgesetzes zum Pflege-Versicherungsgesetz

Mitteilung des Senats vom 11. Mai 2021
(Drucksache [20/959](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 20/493

Gender Pay Gap in der Bremer Hochschul- und Wissenschaftslandschaft verringern

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD
vom 30. Oktober 2020
(Drucksache [20/673](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat,

1. eine wissenschaftliche Studie in Auftrag zu geben, die
 - a) die Höhe und Struktur der Leistungsbezüge und den Gender Pay Gap an Bremischen Hochschulen sowie außeruniversitären Forschungseinrichtungen untersucht und die Ursachen für die Gehaltsunterschiede zwischen Männern und Frauen unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Hochschultypen und der Spezifika einzelner Fächer und Fachkulturen sowie der verschiedenen Beschäftigungsformen ermittelt;
 - b) eruiert, welche der bereits umgesetzten oder noch umzusetzenden Maßnahmen, wie sie zum Beispiel in den Gleichstellungskonzepten der Bremischen Hochschulen enthalten sind, und überprüft welche Maßnahmen darüber hinaus geeignet sind, um den Gender Pay Gap im Bremischen Wissenschaftssystem abzubauen. Perspektivisch sollte zudem die Forschung in diesem Bereich insgesamt gestärkt werden;
 - c) bei der Datenerhebung und der Veröffentlichung angesichts der Größe des Bundeslandes Bremen und der geringen Anzahl an zu untersuchenden Hochschulen auf eine vollständige Anonymisierung der Daten besonders achtet und dafür Sorge trägt, dass Rückschlüsse auf die tatsächlich gewährte Besoldung von einzelnen Personen ausgeschlossen werden können;
2. jährlich unter dem Aspekt der Gendergerechtigkeit über den Ausgang von Berufungsverfahren an den Bremer Hochschulen zu berichten und dabei insbesondere zu berücksichtigen, in welchen Fächergruppen sich wie viele Frauen auf Professuren beworben haben und wie viele einen Ruf erhalten haben;
3. die Verringerung des Gender Pay Gaps in alle kommenden Zielvereinbarungen mit den Hochschulen, der Staats- und Universitätsbibliothek und dem Studierendenwerk aufzunehmen; und darin außerdem zu vereinbaren, dass Programme zur Frauenförderung an den Hochschulen auf ihre Wirksamkeit überprüft und gegebenenfalls weiterentwickelt und fortgeschrieben werden;
4. binnen eines Jahres dem Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit sowie dem Ausschuss für die Gleichstellung der Frau Bericht zu erstatten.

Nr. 20/494

Gesetzes zur Änderung des Gesundheitsdienstgesetzes

Mitteilung des Senats vom 4. Mai 2021
(Drucksache [20/948](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 20/495

Verbandsklagerecht im Tierschutz um Anfechtungs- und Verpflichtungsklage erweitern – Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Verbandsklagerecht für Tierschutzvereine

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE vom 12. Mai 2021
(Drucksache [20/961](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag auf Unterbrechung der ersten Lesung und Überweisung ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 20/496

Erste Verordnung zur Änderung der Sechszwanzigsten Coronaverordnung zum Schutz vor Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2

Mitteilung des Senats vom 20. Mai 2021
(Drucksache [20/970](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt, dass sie keinen weiteren Aufhebungs- oder Änderungsbedarf an der Ersten Änderungsverordnung der Sechszwanzigsten Coronaverordnung sieht.

Nr. 20/497

Sechszwanzigste Verordnung zum Schutz vor Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 (Sechszwanzigste Coronaverordnung)

Mitteilung des Senats vom 19. Mai 2021
(Drucksache [20/966](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 20/498

Beteiligung der Bürgerschaft beim Erlass von Coronaverordnungen – 26. Coronaverordnung

Mitteilung des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses vom 1. Juni 2021
(Drucksache [20/993](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses Kenntnis.

Nr. 20/499

Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 19

vom 28. Mai 2021
(Drucksache [20/979](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 20/500

Gesetz zur Anpassung glücksspielrechtlicher Regelungen an den Glücksspielstaatsvertrag 2021

Mitteilung des Senats vom 1. Juni 2021
(Drucksache [20/989](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 20/501

Vereinbarung zur Umsetzung des „Aktionsprogramms Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ für die Jahre 2021 und 2022 von Bund und Ländern

Mitteilung des Senats vom 1. Juni 2021
(Drucksache [20/991](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 20/502

Gemeinsam mit aller Kraft gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen im Land Bremen!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 3. November 2020
(Drucksache [20/684](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/503

Aufklärung und Ahndung von Straftaten im Zusammenhang mit Kindesmissbrauch muss höchste Priorität haben!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 15. Juni 2020
(Drucksache [20/444](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/504

Aufklärung und Ahndung von Straftaten im Zusammenhang mit Kindesmissbrauch muss höchste Priorität haben!

Bericht und Antrag der staatlichen Deputation für Inneres
vom 3. Dezember 2020
(Drucksache [20/732](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Inneres Kenntnis.

Nr. 20/505

Kinder und Jugendliche auf allen Ebenen schützen!

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 23. März 2021
(Drucksache [20/882](#))

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion der FDP

vom 29. April 2021
(Drucksache [20/937](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass
 - a) es zu einer Änderung des Grundgesetzes kommt, die den besonderen Schutz der staatlichen Ordnung für Kinder und Jugendliche ausdrücklich im Grundgesetz verankert, Kindern und Jugendlichen in ihrer Persönlichkeit achtet, ihr Recht auf Beteiligung in allen sie betreffenden Angelegenheiten entsprechend Alter und Reife verankert und das Kindeswohl und den Kindeswillen im Sinne der UN-Kinderrechtskonvention wesentlich berücksichtigt;
 - b) im SGB VIII (Achstes Buch Sozialgesetzbuch) unabhängige und fachlich nicht weisungsgebundene Ombuds- oder Beschwerdestellen eingerichtet werden;
 - c) im Rahmen der SGB-VIII-Reform die Kooperationsverpflichtung der Träger der öffentlichen Jugendhilfe im Kinderschutz nach § 81 SGB VIII analog auf weitere Bereiche (Schulen, Strafverfolgungsbehörden, Gericht) ausgeweitet wird;
 - d) im Rahmen der SGB-VIII-Reform ein Rechtsanspruch auf Beratung für von sexualisierter Gewalt betroffenen Kindern und Jugendliche rechtlich verankert und eine gesetzliche Leistung wird.
2. eine ressortübergreifende Fachanhörung mit den relevanten Akteur:innen, Einrichtungen und Institutionen durchzuführen, um dabei insbesondere die bestehenden Kooperationen im Kinderschutz zu fokussieren und gegebenenfalls bestehende weitere Handlungsbedarfe zu identifizieren.
3. sicherzustellen, dass Früherkennungs- und Schutzkonzepte in allen Einrichtungen und Vereinen, in denen Kinder und Jugendliche sich aufhalten oder aktiv sind, entwickelt beziehungsweise weiterentwickelt werden; dabei sind die besonderen Bedarfe von Mädchen und Jungen, von queeren Kindern und Jugendlichen, von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen sowie von Kindern und Jugendlichen mit Flucht- oder Diskriminierungserfahrung zu berücksichtigen.
4. die Kinderschutzeinrichtungen in Bremen und Bremerhaven weiterhin zu fördern, auskömmlich auszustatten und ihre transkulturelle, personelle sowie digitale Ausstattung zu unterstützen.
5. bei den Ermittlungsbehörden die technische Ausstattung zu verbessern, insbesondere durch den Einsatz künstlicher Intelligenz bei der Vorfiltrierung von Beweismaterial, und unterstützende Angebote wie Supervision auszubauen.
6. zu prüfen, ob an einzelnen Gerichtsstandorten im Land Bremen die Möglichkeiten für Kinder und Jugendliche, in (auch räumlich) altersangemessener Weise ihre Erfahrungen und Sichtweisen zu schildern, noch weiter verbessert werden können.

7. die hohe Qualifikation von Familienrichter:innen durch attraktive und interdisziplinäre Fortbildungen weiterhin sicherzustellen und kontinuierlich zu stärken.
8. zu prüfen, inwieweit eine externe wissenschaftliche Evaluation der bremsenden Rechtspraxis, insbesondere zur Anwendung bestehender opferschützender Normen in Ermittlungs- und Strafverfahren, zu deren Auswirkung auf Betroffene sowie zur Verurteilungspraxis der Gerichte in Jugendschutzsachen, durch Mittel der bundesweiten Forschungsförderung unterstützt werden kann.
9. eine qualifizierte kindgerechte Versorgung der Betroffenen in den Traumaambulanzen für Kinder und Jugendliche sowie die stufenweise Anpassung an den jeweiligen Vorgaben des neuen sozialen Entschädigungsrechts (SGB XIV) sicherzustellen.
10. im Dialog mit der Ärztekammer zu prüfen, wie Kinderschutz und das Erkennen von Missbrauchshandlungen beziehungsweise Gewaltanwendungen noch stärker in die ärztliche Aus-, Weiter- und Fortbildung (zum Beispiel in den Bereichen Allgemeinmedizin, Kinder- und Jugendmedizin, Notfallmedizin, Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychotherapie, Gynäkologie) integriert werden kann und ob eine verpflichtende Fortbildung geboten ist.

Nr. 20/506

Lebenslanges Lernen als Berufsqualifizierung: Wird die Fort- und Weiterbildungsstruktur im Land Bremen dem Anspruch guter Bildungsqualität gerecht?

Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 30. November 2020
(Drucksache [20/725](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 2. März 2021
(Drucksache [20/851](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 20/507

Wie kommt Bremerhaven durch die Corona-Pandemie?

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 9. Dezember 2020
(Drucksache [20/752](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 16. Februar 2021
(Drucksache [20/825](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 20/508

International verpflichtendes Meldesystem für auf See verlorengangene Container einführen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 26. Januar 2021
(Drucksache [20/791](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/509

Den Verlust von Containern in der Seeschifffahrt effektiv verhindern

Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen
vom 3. Mai 2021
(Drucksache [20/944](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundes- und europäischer Ebene dafür einzusetzen,
 - 1.1 ein international verpflichtendes Meldesystem für verlorengangene Container einzuführen;
 - 1.2 zu prüfen,
 - a) wie einschlägige ISO-Standards für Containerzurreinrichtungen weiter optimiert werden können, um Container noch besser auf Containerschiffen zu sichern;
 - b) wie die Einhaltung der Arbeitszeiten und Sozialstandards der Seeleute und Hafenarbeiter:innen besser gesichert und geprüft werden kann, um sowohl die Sicherheit der Beschäftigten, als auch der Ladung zu verbessern;
 - c) welche Systeme auf großen Containerschiffen verbindlich und im Rahmen von Anpassungen des Intact Stability Codes der IMO eingeführt werden können, um insbesondere das parametrische Rollverhalten der Schiffe im Seegang aktiv zu dämpfen; dabei sollen Erfahrungen aus der Kreuzfahrtschifffahrt berücksichtigt werden;
 - d) inwiefern eine weitere Standardisierung und Optimierung der Ortungssysteme für Container (Container Tracking) möglich ist; dies beinhaltet auch die Prüfung, inwieweit eine Pflicht zur Überwachung von Containern per GPS-Sender auf See umsetzbar ist;
 - e) inwieweit für große Containerschiffe bei besonderen Wetterlagen eine Verkehrsführung in küstenferneren Fahrwassern in der Nordsee ermöglicht werden kann, um bei Havarien insbesondere das Gebiet rund um das besonders schützenswerte UNESCO-Welterbe Wattenmeer umfassend zu schützen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, dem Ausschuss für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen beginnend nach Beschlussfassung jährlich zu berichten.

Nr. 20/510

Fragestunde

1. Wie steht es um die Unterstützung von Senior:innen bei digitalen Fragen?
Anfrage der Abgeordneten Birgitt Pfeiffer, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 29. April 2021
 2. Telefonische Pflege-Begutachtungen des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung (MDK)
Anfrage der Abgeordneten Birgitt Pfeiffer, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 29. April 2021
 3. Wie ist es um die Pressefreiheit und die Sicherheit von Journalistinnen und Journalisten im Land Bremen bestellt?
Anfrage der Abgeordneten Birgit Bergmann, Dr. Magnus Buhlert, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 29. April 2021
 4. Umgang mit geimpften und genesenen Bremerinnen und Bremern?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 29. April 2021
 5. Systematische Abwasserüberwachung – ein wichtiges Frühwarnsystem in der Pandemiebekämpfung?
Anfrage der Abgeordneten Ilona Osterkamp-Weber, Ralph Saxe, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 4. Mai 2021
 6. Tierschutz ohne Tierschutzbeirat?
Anfrage der Abgeordneten Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 4. Mai 2021
 7. Bleiberecht für Opfer rassistischer Gewalt
Anfrage der Abgeordneten Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 4. Mai 2021
 8. Projekt „Helfende Hände“: Wie viele Soldat:innen sind in sozialen Einrichtungen in Bremen eingesetzt?
Anfrage der Abgeordneten Maja Tegeler, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 4. Mai 2021
- Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.
9. Stand der Etablierung einer Interessenvertretung für Pflegende in Bremen
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 5. Mai 2021
 10. Übernahme von Assistenzkosten für ehrenamtlich tätige Menschen mit Behinderungen
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 6. Mai 2021
 11. Digitaler Hafendialog am 26. Mai 2021
Anfrage der Abgeordneten Susanne Grobien, Thorsten Raschen, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 6. Mai 2021
 12. Zunahme von Beratungsanfragen in Diskriminierungsfällen?
Anfrage der Abgeordneten Sahhanim Görgü-Philipp, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17. Mai 2021

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

13. Wie muss eine Unterschrift auf dem Personalausweis aussehen?

Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 21. Mai 2021

Diese Anfrage wurde vom Fragesteller zurückgezogen.

14. Menschenschmuggel durch „Graue Pässe“?

Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 21. Mai 2021

15. Wann endlich können auch im Land Bremen stationär behandelte Patientinnen und Patienten in den Krankenhäusern wieder Besuch empfangen?

Anfrage der Abgeordneten Rainer Bensch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 25. Mai 2021

16. Ausstellen eines Genesungsnachweises im Land Bremen

Anfrage der Abgeordneten Ute Reimers-Bruns, Valentina Tuchel, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 25. Mai 2021

17. Wann endlich halten auch im Land Bremen die Grundrechte für geimpfte und genesene Bewohnerinnen und Bewohner Einzug in den Alltag aller stationären Altenpflegeeinrichtungen?

Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 26. Mai 2021

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 20/511

Gewalt gegen Israel beenden – Antisemitismus in Deutschland und Bremen ächten

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der FDP

vom 2. Juni 2021

(Neufassung der Drucksache [20/971](#) vom 21. Mai 2021)

(Drucksache [20/996](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) gedenkt aller Opfer in der Region: Leidtragend durch Tod, Verletzung, Vertreibung oder Hass ist die Zivilbevölkerung, sind am Konflikt unschuldige und unbeteiligte Erwachsene und Kinder. Jedes Opfer ist ein Opfer zu viel.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) verurteilt die terroristischen Angriffe der Hamas und des islamischen Dschihad auf Israel und fordert eine dauerhaft einzuhaltende Waffenruhe. Für die Bürgerschaft (Landtag) steht das Recht Israels auf angemessene Verteidigung und Schutz seiner Bevölkerung außerfrage. Sie verbindet damit die Erwartung, dass Israel seinerseits die Angriffe auf Ziele im Gaza-Streifen sofort einstellt, wenn sie zur Abwehr der Gefahr nicht notwendig sind. Sie bekräftigt die Auffassung, dass alle Beteiligten durch Dialog- und Kompromissbereitschaft daran mitwirken müssen, die Spirale aus Hass und Gewalt unverzüglich zu unterbrechen, die niemals zu einer dauerhaften Lösung des Konfliktes führen kann.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) ist der Auffassung, dass nach der vereinbarten Waffenruhe die Bemühungen um eine dauerhafte Friedenslösung und den Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur unter internationaler Begleitung und Unterstützung verstärkt werden müssen.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstreicht das unverbrüchliche Recht Israels, auf staatliche Integrität, Sicherheit und Schutz seiner Bevölkerung. Ihr

Eintreten für die Rechte Israels richtet sich nicht gegen die Rechte anderer in der Region, namentlich nicht gegen die der Palästinenser:innen. In Deutschland und in Bremen empfinden wir eine besondere Verantwortung, auch vor dem Hintergrund der antisemitischen Verfolgung und Vernichtung in und durch Deutschland, die Solidarität mit der israelischen Bevölkerung angesichts der aktuellen Krise erneut zu bekräftigen. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet von der internationalen Staatengemeinschaft, von der Europäischen Union und von der Bundesregierung ein nachdrückliches und nachhaltiges aktives Eintreten für eine Einstellung der Feindseligkeiten und die Wiederherstellung der Sicherheit Israels und der Region sowie für nachhaltigen Frieden. Sie wird, vertreten durch den Vorstand, im Rahmen der engen Städtepartnerschaft zu Haifa, einen eigenständigen Beitrag tätiger Solidarität leisten, wenn die (pandemischen) Umstände hier und die Situation vor Ort es wieder zulassen.

5. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die Anstrengungen der vielen Gruppen und Initiativen in der israelischen Gesellschaft zur Integration verschiedener Ethnien, Kulturen und Religionen vor dem Hintergrund einer besonderen Geschichte, einer speziellen geopolitischen Lage sowie vielfältiger Herausforderungen durch Zuwanderung aus allen Teilen der Welt. Sie bittet alle Beteiligten in Israel, hierin nicht nachzulassen und für die berechtigten Interessen Aller, gerade von Minderheiten, weiterhin Raum zu lassen, der den Erhalt und die Entwicklung von Eigenständigkeit im Rahmen des Ganzen sicherstellt. Sie sieht hierin eine wesentliche Voraussetzung für Frieden und Stabilität nach innen und außen.
6. Die Bürgerschaft (Landtag) verurteilt jegliche antisemitischen Bestrebungen, die derzeit unter dem Vorwand dieses Konfliktes hier oder in anderen Städten Deutschlands verfolgt werden und die geeignet sind, Jüdinnen und Juden einzuschüchtern und zu gefährden. Sie ruft alle Menschen in Bremen und Bremerhaven auf, sich mit Zivilcourage gegen diese niederträchtige und geschichtsvergessene Form der Hetze und des Hasses zu wenden, die nichts mit freier Meinungsäußerung und legitimer Kritik an staatlichem Handeln (auch Israels) zu tun hat, und die sich letztlich nicht weniger als gegen die menschliche Würde und Freiheit richtet. Sie spricht allen Sicherheitsbehörden ihren Dank dafür aus, bestehende und nicht zur Disposition stehende Grundlagen unseres demokratischen Zusammenlebens ggf. mit den Mitteln des Rechtsstaates zu verteidigen. Dazu gehört insbesondere die Durchsetzung und Umsetzung bestehenden Rechtes, ggf. aber auch deren ergebnisoffene Prüfung und Weiterentwicklung, wo sich entsprechende Notwendigkeiten ergeben.
7. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstreicht nachdrücklich das Recht der jüdischen Gemeinden und aller jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger in Bremen und Bremerhaven auf freie und ungestörte Ausübung ihrer Religion und ihres Gemeindelebens, das sie als Bereicherung unseres gesellschaftlichen, kulturellen und religiösen Lebens insgesamt ansieht. Sie wird auch zukünftig jegliche Aktivitäten in Bremen und Bremerhaven unterstützen, um jüdisches Leben in unserem Land zu ermöglichen und weiterzuentwickeln. Sie wird weiterhin, ggf. auch durch entsprechende Vorkehrungen im Haushalt, alle erforderlichen Rahmenbedingungen für ihren Schutz sicherstellen.
8. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt den regelmäßigen Dialog unter der Schirmherrschaft des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft und des Präsidenten des Senates mit dem „Forum zur Förderung des jüdischen Lebens im Land Bremen“, das so institutionalisiert in Deutschland einmalig sein dürfte. Die in diesem Rahmen stattfindenden Treffen und Gespräche sind ein wesentlicher Beitrag, um Freundschaft und Vertrauen zu stärken, aber auch um Probleme und Defizite zu thematisieren und einer gemein-

samen Lösung zuzuführen. Die Bürgerschaft (Landtag) dankt der Jüdischen Gemeinde in Bremen für die jüngst in alle gesellschaftlichen Richtungen erneuerte Dialogbereitschaft, um gegenseitiges interkulturelles und interreligiöses Verständnis auch in Bremen zu erhalten und weiterzuentwickeln.

Nr. 20/512

Kleine Schritte, große Wirkung: Hinzuverdienstmöglichkeiten von Jugendlichen aus Familien im ALG-II-Bezug verbessern

Antrag der Fraktion der FDP
vom 27. November 2020
(Drucksache [20/724](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/513

Kleine Schritte, große Wirkung: Hinzuverdienstmöglichkeiten von Jugendlichen aus Familien im ALG-II-Bezug verbessern

Bericht der staatlichen Deputation für Wirtschaft und Arbeit
vom 8. März 2021
(Drucksache [20/859](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Wirtschaft und Arbeit Kenntnis.

Nr. 20/514

Jugendberufsagentur schlagkräftig aufstellen – allen Jugendlichen im Land Bremen die Chance auf einen Berufs- oder Studienabschluss eröffnen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 4. Mai 2021
(Drucksache [20/945](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/515

Gesetz zur Änderung des Bremischen Schulverwaltungsgesetzes

Mitteilung des Senats vom 1. Juni 2021
(Drucksache [20/990](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 20/516

Clankriminalität nachhaltig und koordiniert vorbeugen und bekämpfen

Mitteilung des Senats vom 10. November 2020
(Drucksache [20/698](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 20/517

Rentenaufstockungen allen ermöglichen – Abhängigkeit von privaten Rentenversicherungen beenden!

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 26. Mai 2021
(Drucksache [20/978](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, eine Bundesratsinitiative zu ergreifen,

1. die es sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer:innen ermöglicht, freiwillig – selbst oder über die Arbeitgeber:innen – die Rentenbeiträge bis zur Beitragsbemessungsgrenze aufzustocken,
2. die für zusätzliche private Einzahlungen in die Rentenversicherung analog und alternativ zu den privaten Anlageformen bei der „Riester-Rente“ eine Zulagen- und steuerliche Förderung eröffnet
3. und die es überdies erlaubt, bereits angespartes Altersvorsorgekapital aus „Riester-Verträgen“ freiwillig in die Gesetzliche Rentenversicherung zu übertragen.

Nr. 20/518

Prävention, Deradikalisierung und Gefahrenabwehr im Bereich Islamismus

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 19. Februar 2021
(Neufassung der Drucksache [20/763](#) vom 21. Dezember 2020)
(Drucksache [20/837](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 16. März 2021

(Drucksache [20/871](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 20/519

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Welche Bedeutung hat die faire Verteilung und Organisation von Sorgearbeit in Bremen?
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 14. Dezember 2020
(Drucksache [20/754](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 2. März 2021
(Drucksache [20/852](#))
2. Arbeitsschutz stärken, Beschäftigte schützen
Antrag der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 26. Januar 2021
(Drucksache [20/800](#))
3. Die EU-Whistleblower-Richtlinie umfassend umsetzen
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 27. Januar 2021
(Drucksache [20/802](#))

4. Bleimunition verbieten! – Gesetz zum Verbot bleihaltiger Munition bei der Jagdausübung
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE vom 14. Januar 2021
(Drucksache [20/776](#))
5. Bienenbestand im Land Bremen statistisch erfassen und schützen
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE vom 9. Februar 2021
(Drucksache [20/811](#))
D a z u
Änderungsantrag der Fraktion der CDU vom 23. Februar 2021
(Drucksache [20/840](#))
6. Kindersicherheit stärken, Bußgelder erhöhen!
Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen vom 9. Februar 2021
(Drucksache [20/812](#))
7. Stufenweiser Wiedereinstieg: Sport ermöglichen und Gesundheit schützen!
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE vom 23. Februar 2021
(Drucksache [20/845](#))
8. Täterarbeit als Prävention
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE vom 26. Januar 2021
(Drucksache [20/793](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 16. März 2021
(Drucksache [20/872](#))
9. Homeoffice im bremischen öffentlichen Dienst
Große Anfrage der Fraktion der CDU von 9. Februar 2021
(Drucksache [20/819](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 20. April 2021
(Drucksache [20/918](#))
10. Antrag auf Erlass einer verbindlichen Kleiderordnung für Abgeordnete und Mitarbeiter in der Bremer Bürgerschaft
Antrag des Abgeordneten Peter Beck vom 1. März 2021
(Drucksache [20/849](#))
11. Richtlinie Barrierefreiheit öffentlicher Gebäude des Landes und der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven
Mitteilung des Senats vom 2. März 2021
(Drucksache [20/856](#))
12. Alle Religionsgemeinschaften im Land Bremen verdienen Respekt und Schutz
Antrag der Fraktion der CDU vom 15. März 2021
(Drucksache [20/869](#))
13. Potenziale der Abgasminderung in der Seeschifffahrt nutzen
Antrag der Fraktion der CDU vom 18. Februar 2020
(Drucksache [20/274](#))

14. Potenziale der Abgasminderung in der Seeschifffahrt nutzen
Bericht und Antrag des Ausschusses für die Angelegenheit der Häfen im Lande Bremen
vom 18. März 2021
(Drucksache [20/877](#))
15. Clusterpolitik und Innovationsförderung im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 23. Februar 2021
(Drucksache [20/847](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 16. April 2021
(Drucksache [20/900](#))
16. Wirksames Luftfilterprogramm aufsetzen: Öffnungen ermöglichen und Leben retten!
Antrag der Fraktion der FDP
vom 28. April 2021
(Drucksache [20/935](#))
17. Digitale Gewalt in Bremen besser bekämpfen!
Antrag der Fraktion der FDP
vom 29. April 2021
(Drucksache [20/938](#))
18. Umsetzung der Gewerbeabfallverordnung im Land Bremen für mehr Umwelt-, Ressourcen- und Klimaschutz sicherstellen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 27. April 2021
(Drucksache [20/927](#))
19. Bremisches Wohnraumschutzgesetz (WoSchG)
Mitteilung des Senats vom 23. Februar 2021
(Drucksache [20/841](#))
20. Unterstützung für Menschen mit Behinderung in den Krankenhäusern Bremens sicherstellen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 25. Februar 2020
(Drucksache [20/288](#))
21. Unterstützung für Menschen mit Behinderung in den Krankenhäusern Bremens sicherstellen!
Bericht der staatlichen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz vom 10. Mai 2021
(Drucksache [20/957](#))
22. Psychosoziale Prozessbegleitung vereinfachen, ausbauen und institutionalisieren
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD
vom 18. Mai 2021
(Drucksache [20/962](#))